

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient!

# UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG  
9. 2. 1967.  
11. JG., 33 603  
15 PFENNIG

Prof. Dr. med. habil.  
Albrecht Gläser

Oberarzt an der Chirurgischen Universitätsklinik  
Vorstand der Gewerkschaftsleitung  
der Medizinischen Fakultät



Foto: HFBS (Golzsch)

Konsequent  
für unseren  
sozialistischen  
Staat Partei  
ergreifen

Die Erfahrungen aus der Prinzipiendiskussion an unserer Fakultät und die breite Reaktion auf den Brief der drei FDJ-Studenten – „Uns verbindet alles mit unserem sozialistischen Vaterland und nichts mit dem imperialistischen Westdeutschland“ – an die Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ veranlassen mich, als Vorsitzender der Fakultätsleitung der Medizinischen Fakultät und als Hochschullehrer zu einigen Fragen, die in Vorbereitung des VII. Parteitages besondere Bedeutung besitzen, Stellung zu nehmen.

Die Prinzipien bilden einen wesentlichen Schritt in der Umgestaltung des Hochschulwesens beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Sie sind nur zu verstehen im Rahmen der 20jährigen Entwicklung unseres Bildungswesens, das die Erziehung der Jugend für Frieden und Fortschritt, für Humanität und Sozialismus garantiert. Mein Studium kann zur gleichen Zeit, als die Arbeiter- und

Bauern-Fakultäten, errichtet nach Brechung des Bildungsprivilegs durch die demokratische Schulreform, ihre Pforten öffneten.

Mit dem gesellschaftlichen Fortschritt entwickelte sich unser Bewußtsein, und ich begriff immer besser als Student, später als Assistent und Hochschullehrer, daß Wissenschaft und ärztliche Ethik nicht von Politik und den gesellschaftlichen Verhältnissen zu trennen sind und daß unsere Arbeit allein an ihrem Wert für den gesellschaftlichen Fortschritt gemessen wird. Aus dieser Erkenntnis erwacht mein klarer Klassenstandpunkt, der mein gesamtes Handeln maßgeblich beeinflusst und der mich verpflichtet, stets nach höherer Effektivität meiner Arbeit in Forschung und Lehre zu streben, um mithilfe unserer Republik zu stärken.

So entstand neben dem Streben nach guten fachlichen Leistungen bald die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Arbeit während des Studiums und

später in der Gewerkschaft, um mit ganzer Kraft am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken.

Walter Ulrich formulierte die Anforderungen an einen Hochschulabsolventen: Er soll den Marxismus-Leninismus zufest begriffen haben, eine klassenmäßige Position in unserem nationalen Kampf einzunehmen und die Zusammenhänge von Politik, Ökonomie, Ideologie und Wissenschaft verstehen.

Dieses Erziehungsziel fordert von jedem Lehrassistenten und Hochschullehrer, daß er selbst gründliche Kenntnisse besitzt, um die gesellschaftlichen Zusammenhänge im Bereich seiner täglichen Arbeit und im Bereich der Beziehungen der Völker untereinander klar zu durchdenken und zu erkennen.

In der Stellungnahme des Rates der Medizinischen Fakultät zu den Prinzipien wird erklärt, daß

ein großer Teil des Lehrkörpers seine Verantwortung für die klassenmäßige Erziehung der Studenten nicht allein aus der im Bildungsgesetz auferlegten gesetzlichen Verpflichtung erkennt, sondern aus der objektiven Notwendigkeit, unsere heranwachsenden Kader politisch und fachlich so auszubilden, daß sie in der Lage sind, als gute Leiter später in der sozialistischen Gesellschaft zu wirken.

Die Gewerkschaft hat auf Grund einer Analyse von vor einigen Monaten an der Medizinischen Fakultät geführten Aussprachen aber festgestellt, daß in einigen Bereichen Zurückhaltung in politischen Diskussionen noch zum guten Ton gehören, und eine Gewerkschaftsgruppe bewies mit ihrem Bericht über die Erörterung der Prinzipien, daß die Kollegen die gesellschaftlichen Zusammenhänge noch nicht begriffen haben, wenn sie erklären, eine Umgestaltung unseres Hochschulwesens im Rahmen des weiteren Aufbaus des Sozialismus gefährde die Wiedervereinigung und vertiefe die Spaltung der deutschen Wissenschaft. Ich komme damit zu dem in dem zitierten Brief der Studenten aufgeworfenen Problem. In einer Stellungnahme des Rates der Medizinischen Fakultät, die allgemeine Zustimmung fand, wird, aufbauend auf die im I. Kongß gemachten Ausführungen, klar festgestellt, daß es eine einheitliche deutsche Wissenschaft heute nicht gibt. Es stehen sich zwei grundverschiedene gesellschaftliche Systeme unvereinbar gegenüber, dort der Staat der Monopole, der Ausbeutung und des gesellschaftlichen Rückstands, hier die DDR, die den Fortschritt der Menschheit repräsentiert. Natürlich existiert die Wissenschaft in den beiden Staaten nicht losgelöst von der Gesellschaft. Sie dient bei uns voll dem Aufbau des Sozialismus und damit dem Frieden und Humanismus; sie gerät in Westdeutschland immer mehr unter den Einfluß des Monopolkapitalismus, dessen Politik bestimmt wird vom friedensgefährdenden Alleinvertretungsanspruch, der Nichtanerkenntnis der DDR und dem Versuch, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges in Europa zu revidieren. Die kürzlich veröffentlichte sowjetische Note zeigte mit aller Deutlichkeit die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus.

Die Ziele unserer Wissenschaft, dem Frieden, der Humanität und dem sozialen Fortschritt zu dienen, sind unvereinbar mit dieser Politik. So verstehen wir die Feststellung in dem Brief der Studenten. Diese Gegebenheiten sind nur durch eine grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland mit der Möglichkeit der friedlichen Entfaltung der Wissenschaft im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts zu verändern. Welche Konsequenzen ergeben sich nun für die weitere gewerkschaftliche Arbeit? Wir müssen als Schule des Sozialismus unsere jungen Wissenschaftler zu einem festen Klassenstandpunkt erziehen, der zusammen mit hohem Wissen und pädagogischen Fähigkeiten Voraussetzung zu erfolgreicher Lehrtaftigkeit ist. Gründliche Kenntnisse über die gesellschaftliche Entwicklung bilden die unabdingbare Voraussetzung für fruchtbare Wirkung in Erziehung und Forschung. Die Teilnahme am Marxistischen Kolloquium ist deshalb selbstverständliche Pflicht für jeden Assistenten und Hochschullehrer. Aus der Einsicht, daß Egoismus und Individualismus mit der sozialistischen Moral unvereinbar sind, wächst die Bereitschaft zur verstärkten Gemeinschaftsarbeit. Nur im Kollektiv sind große Erfolge, die die Gesellschaft von uns fordern, zu erzielen. Es finden sich bereits viele Ansätze in der Fakultät, am Wettbewerb um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ teilzunehmen. Ich halte es deshalb für notwendig, daß von unserer Gewerkschaftsorganisation jedes Mitglied seine persönliche Stellung zu diesen Problemen überprüft, einen klaren Klassenstandpunkt einnimmt und als Ausdruck dessen sich aktiv an der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit beteiligt.

Ich stelle abschließend fest: Die Prinzipiendiskussion hat die politische Tüchtigkeit an unserer Fakultät unter den Wissenschaftlern wesentlich erhöht. Alle sind aufgerufen, die Ergebnisse unserer Arbeit in Lehre und Forschung zu verbessern zum Nutzen unserer Republik.

Im Referat des Genossen Staatsekretärs wird deutlich hervorgehoben: Jede wissenschaftliche Erkenntnis wird unter ganz konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, ganz konkreten politischen Verhältnissen realisiert. Die Theorie von einer unabhängigen Wissenschaft, von autonomen Hochschulen ist Illusionär und dient in der kapitalistischen Gesellschaft zur Verschleierung der Abhängigkeitsverhältnisse und der ungehinderten Ausnutzung der Wissenschaft für die Ziele des Monopolkapitalismus.

Neben der Knebelung der Wissenschaft entwickelt sich der Geist der Expansion und des Neonazismus an den Universitäten und Hochschulen in Westdeutschland. Gleichzeitig verstärkt sich der Terror gegenüber demokratischen Profes-

soren und Studenten. Zahlreiche Ereignisse der letzten Wochen beweisen: Die vielgepriesene „akademische Freiheit“ ist Schall und Rauch, wenn Angehörige westdeutscher Universitäten und Hochschulen gegen die Notstandsgesetze und die Unterstützung des amerikanischen Verbündeten in Vietnam durch die Bonner Regierung protestieren.

Diese Versuche machen Beobachtern in der Deutschen Demokratischen Republik immer desillusionär, wie weit die Abhängigkeit des westdeutschen Hochschulwesens vom Imperialismus gediehen ist. Gerade deshalb wird versucht, mit dem Märchen von der unpolitischen „einheitlichen deutschen Wissenschaft“ Angehörige unserer Universitäten- und Hochschulen zu verwirren.

Ich glaube, es ist sehr notwendig, mit aller Deutlichkeit und mit großer Überzeugungskraft allen Angehörigen unserer Universitäten und Hochschulen klarzumachen, daß hinter der Theorie von der „gemeinsamen deutschen Wissenschaft“ die Fraude des westdeutschen Imperialismus steht und sein Versuch, die sozialistische Entwicklung unserer Republik zu stören. Mit dieser Politik kann es keine Gemeinsamkeiten in keinem Bereich der Gesellschaft, auch nicht im Bereich des Hochschulwesens und der Wissenschaft, geben.

Aber es gibt eine Wissenschaft in der DDR, die dem umfassenden Aufbau des Sozialismus dient. Demgegenüber ist die Wissenschaft in Westdeutschland Bestand-

teil und Instrument des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Daraus ändert auch die Tatsache nichts, daß zahlreiche westdeutsche Gelehrte die aggressive Politik Bonns ablehnen und für eine demokratische Alternative eintreten. Diesen Kräften in den westdeutschen Intelligenz gehört unsere ungeheure Sympathie. Wir unterstützen den Kampf der fortschrittlichen Hochschulangehörigen für Frieden und Demokratie, gegen Imperialismus und Neonazismus. Wir müssen mehr tun, um durch die Bildung echter sozialistischer Kollektive auch den Versuchen der westdeutschen Imperialisten, unsere Entwicklung zu stören, durch alle Hochschulangehörigen kompromittiert und mit dem Stolz auf unsere sozialistische Heimat entgegentreten zu können.

„Einheit der Wissenschaft“ -  
Phrase im Bonner Konzept

Aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Hannes Hörrig, Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED auf der Hochschulkonferenz